

zial an, das eine systematische Studie zu agraristischen Bewegungen und Landreformen in dieser Region Europas hätte. Insofern bietet *Transforming Rural Societies* zahlreiche wertvolle Anknüpfungspunkte für weitere transnationale Forschungen zum Agrarismus.

Birmingham

Klaus Richter

Markéta Bartos Tautmanová: Eine Arena deutsch-tschechischer Kultur. Das Prager Ständetheater 1846-1862. (Thalia Germanica, Bd. 14.) Lit. Berlin u.a. 2012. 400 S., 3 Ill. ISBN 978-3-643-11715-1. (€ 34,90.)

Historische Studien zum Theater bzw. zur Darstellenden Kunst erleben in jüngster Zeit nicht nur in den Theaterwissenschaften selbst, sondern vor allem auch in den Kultur- und Geschichtswissenschaften eine gewisse Konjunktur, wovon eine Reihe aktueller Monografien zeugt. Im Zentrum stehen dabei Fragen zu theaterpolitischen Entwicklungen, man findet aber auch Analysen zum organisatorisch-institutionellen Wandel sowie zur Entwicklung des Theatersystems.

Mit dem Vormärz setzt nun die Fallstudie von Markéta Bartos Tautmanová ein, die, ausgehend von der Kulturtransfertheorie am Beispiel des Prager Ständetheaters (Stavovské divadlo) die Beziehungen zwischen der deutsch- und der tschechischsprachigen Theaterkultur in dem bilingualen urbanen Umfeld Prags zwischen 1846 und 1862 untersucht. Dabei geht es um die Organisation der Bühne und der Machtstrukturen in einer Institution, die 1783 als Nostiz-Theater gegründet wurde und durch die Erfolge von Mozarts *Figaro* sowie der Uraufführung des *Don Giovanni* weltberühmt wurde. Die ursprüngliche Intention der böhmischen Stände, ein Bildungstheater mit aufklärerischem Auftrag zu verwirklichen, ließ sich offenbar immer weniger realisieren; das Theater geriet im Vormärz in eine Krise, die eine grundlegende Reform erforderlich machte. Die Stände entschieden sich zwar, das Theater in Eigenregie weiterzuführen, aber eben auch, Subventionen für den laufenden Betrieb bereitzustellen. Somit wurde in Prag 1846 das ältere Modell des Pachtsystems, bei dem ein Theaterunternehmer den Betrieb selbst zu finanzieren hatte und er für alle Defizite aufkam, von dem neuen Subventionsmodell abgelöst. Ferner führte man in diesem Jahr die Position eines Intendanten als Aufsichtsinstanz ein, wodurch offenbar eine Vereinfachung der organisatorischen Abläufe im Theater erzielt werden konnte. Die Vf. nimmt dann die Theaterpraxis, insbesondere die Spielplanpolitik, in den Blick, die durch die politischen und gesellschaftlichen Kontexte, die (bildungspolitischen) Ziele der Stände als Träger der Institution sowie die Erwartungen des Publikums beeinflusst wurde.

Kritisch anzumerken sind bei dieser durchaus verdienstvollen Studie allerdings die zum Teil irrelevanten Schilderungen von Details. Als ein Beispiel sei die umständliche Darstellung des Kartenkaufs genannt:

„Die Tageseintrittskarten kaufte man an der Theaterkasse, die von drei Kassierern und zwei Gehilfen betreut wurde. Der Tageskassierer besorgte den Verkauf der Eintrittskarten bis vier Uhr nachmittags, die restlichen Eintrittskarten wurden an den Abendkassierer übergeben, der mit seinem Gehilfen den Verkauf fortsetzte. Nach Kassenschluss übersandte der Abendkassierer die Tageseinnahmen samt den nicht verkauften Eintrittskarten versiegelt an die Direktionskanzlei. Beigefügt war stets auch ein Kassenabschlusszettel – ein vorgedrucktes Formular, in welches der Kassierer die jeweiligen Tagesergebnisse eintrug.“ (S. 81)

Hinzu kommen sachliche Ungenauigkeiten, wenn z.B. behauptet wird, „Nationalbewusstsein gab es erst seit 1848“ (S. 266), oder wenn mit Hinweis auf die Ereignisse von 1848 die Abschaffung der Leibeigenschaft (gemeint ist die Leibuntertänigkeit) konstatiert wird (S. 89). Schließlich wäre auch eine sehr schematische Übertragung des Kulturtransferkonzepts zu bemängeln, wodurch weiterführende Erkenntnisse leider verschenkt werden. Positiv hervorzuheben sind dagegen die Darstellung der aus den Quellen herausgearbeiteten Abläufe im Theateralltag sowie die Repertoire-Übersichten im Anhang, durch die

man einen genauen Überblick über das Theaterleben in Prag um die Mitte des 19. Jh. erhält. Die Koexistenz eines deutsch- und tschechischsprachigen Theaters in Prag wird ebenso deutlich wie die Separation mit der Gründung des tschechischen Interimstheaters als Vorstufe zum Nationaltheater, dem Národní divadlo, die auf die wechselseitige kulturelle Desintegration in Prag verweist.

Weimar – Jena

Steffen Höhne

Anatol Schmied-Kowarzik: Unteilbar und untrennbar? Die Verhandlungen zwischen Cisleithanien und Ungarn zum gescheiterten Wirtschaftsausgleich 1897. Studien-Verl. Innsbruck u.a. 2010. 402 S. ISBN 978-3-7065-4764-2. (€ 49,90.)

Der Ausgleich von 1867 rettete die Habsburgermonarchie aus einer elementaren Staatskrise, barg aber durch seine Ausgestaltung zahlreiche neue Konfliktpotenziale in sich. Schon die unterschiedlichen Haltungen zu der Frage, ob Österreich-Ungarn einen Staat oder ein Bündnis zweier Staaten darstellte, hatten durchaus weitreichende praktische Konsequenzen. Der Gang der alle zehn Jahre stattfindenden Verhandlungen, bei denen es um zentrale, teilweise aber auch sehr detaillierte wirtschafts- und finanzpolitische Regelungen ging, wurde eben nicht nur von Interessengegensätzen und den jeweiligen „innenpolitischen“ Hintergründen geprägt, sondern immer auch von grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Positionen beeinflusst. Nachdem sich Cisleithanien und Ungarn 1877 und 1887 noch über die wichtigsten Fragen einigen konnten, scheiterten die Ausgleichsverhandlungen des Jahres 1897. Bis 1907 wieder Einigkeit über einen neuen Ausgleich erzielt wurde, ist die Gültigkeit der bestehenden Regeln provisorisch um jeweils ein Jahr verlängert worden, was nicht nur die Labilität des Imperiums immer wieder in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit brachte und langfristige Investitionen in die Armee erschwerte, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt haben könnte.

Anatol Schmied-Kowarzik zeichnet im Hauptteil seiner 2001 in Wien verteidigten Dissertation die zwischen Oktober 1895 und Januar 1898 stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Regierungen über die Verlängerung des Zoll- und Handelsbündnisses und zwischen den Deputationen der Parlamente über die Aufteilung der für die gemeinsamen Angelegenheiten notwendigen Staatseinnahmen, die sogenannte Quote, nach. Sinnvoll ergänzt wird diese Darstellung durch eine Analyse wichtiger Debatten in den Parlamenten, in Wahlkämpfen, einem Teil der Publizistik sowie Stellungnahmen der Handels- und Gewerbekammern.

Insgesamt sah sich die cisleithanische Seite von den Verhandlungsergebnissen des Jahres 1896 zur Kontingentierung der Verzehrungssteuer, zur Umstrukturierung der Notenbank und zu den Regelungen über die Rückerstattung des Zollpreises, wenn importierte Rohstoffe weiterverarbeitet und exportiert werden – also dem sogenannten Mahlverkehr –, benachteiligt. Sie betonte daher gegenüber der ungarischen Seite und vor allem auch gegenüber der eigenen politischen Öffentlichkeit, dass sie im Gegenzug eine deutliche Veränderung der Quote, also eine stärkere Beteiligung Ungarns am gemeinsamen Haushalt erwarte. In dieser Frage konnten aber weder die offiziell verhandelnden Deputationen der beiden Parlamente noch die parallel miteinander korrespondierenden Regierungen einen Kompromiss erzielen. Nachdem außerdem der Reichsrat aufgrund der Obstruktionspolitik der deutschen Parteien faktisch handlungsunfähig geworden war und die ungarische Seite aufgrund entsprechender Formulierungen ihres Ausgleichsgesetzes darauf bestanden hatte, nur mit einem „konstitutionell verfassten“ Partner Verträge abschließen zu können, scheiterten die Ausgleichsverhandlungen insgesamt.

Auch wenn diese Zusammenhänge der historiografischen Forschung schon grundsätzlich bekannt waren, ist es ein Verdienst von Sch.-K., die komplexen Zusammenhänge und Eigendynamiken derartiger Junktims aufzuzeigen und die Praxis des die Politik der Habsburgermonarchie und insbesondere der cisleithanischen Reichshälfte generell prägenden Prinzips des „do ut des“ auf der Grundlage eines breiten Quellenstudiums zu schildern.